

Blick in die Welt

Autor(en): **Bührer, Walter**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Appenzeller Kalender**

Band (Jahr): **298 (2019)**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-841928>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Was ist wahr? Wem und welchen Informationen kann man trauen? Seit es menschliche Kommunikation gibt, weiss man um deren Anfälligkeit gegenüber Unwahrheit und Täuschung. Irreführung und Verwirrung des Gegners gehören seit Urzeiten zum taktischen Arsenal der Kriegführung. Die Werke der griechischen und römischen Literatur, der indischen Mythologie, der chinesischen Geschichte sind voller Beispiele gezielter Desinformation und Manipulation. Wissen bedeutet Macht. Wer über Informationen und deren Verbreitungsmechanismen verfügt, kann sie zur Sicherung und Ausweitung seiner Herrschaft einsetzen. Die Diktaturen des 20. Jahrhunderts haben die Mechanismen der Desinformation vervollkommen. Kommunistische und faschistische Systeme gründeten sozusagen auf Lügen und Unwahrheit. Demokratische Systeme erwiesen sich dennoch als stärker. Doch die Gefahren sind alles andere als gebannt. Neue Informationskanäle, Internet, «soziale Medien» wie Facebook, Twitter und Instagram erleichtern es, Falschinformationen in Umlauf zu bringen. Dafür wurde in den USA der Begriff «Fake News» geprägt. Was ist wahr? Was ist Propaganda? Solche Fragen beschäftigen heute mehr

denn je. Zumal in den USA ein Präsident amtiert, der es mit der Wahrheit nachweislich nicht allzu genau nimmt.

Bekannt war schon früher, dass im Internet ausgetauschte und gespeicherte Daten alles andere als sicher sind. Durch Hacker gewonnene und via WikiLeaks veröffentlichte Informationen, zum Beispiel über Steuervermeidungspraktiken, sorgten wiederholt für internationale Aufregung. Bekannt war auch, dass sich der US-Geheimdienst CIA zur Zeit der Präsidentschaft Barack Obamas in grossem Stil Zugang zu Netzwerken wie Google und Facebook verschaffte; selbst die Handy-Gespräche der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel sollen damals von den USA abgehört worden sein.



Bild: Keystone

Facebook-Gründer Mark Zuckerberg verteidigt die Datenlecks seines Unternehmens vor einem Senatsausschuss in Washington.

Datenschützer warnen seit Jahren vor dem Missbrauch privater, im Netz gespeicherter Informationen. Eine neue Dimension offenbarte sich im Frühjahr 2018: Die US-Justizbehörden hatten herausgefunden, dass russische Agenten in grossem Umfang Facebook-Daten benützt hatten, um den Präsidentschaftswahlkampf 2016 in den USA zu beeinflussen. Ob solche Praktiken letztlich einen Einfluss auf das Wahlergebnis gehabt haben, blieb offen. Tatsache war jedoch, dass der Versuch dazu unternommen wurde. Vor Senatsausschüssen in Washington sowie vor dem EU-Parlament gelobte Facebook-Gründer Mark Zuckerberg, dass Sicherheitslücken geschlossen wurden. Doch der Skandal offenbarte, dass dem Missbrauch von Daten im Internet nur schwer Grenzen gesetzt werden können.

Gefährdete Pressefreiheit

Was ist wahr? Welchen Informationen kann vertraut werden? Erhebungen des Internationalen Presseinstituts und der Organisation Reporter ohne Grenzen zeigen, dass sich die Bedingungen für Journalisten weltweit in den vergangenen Jahren verschlechtert haben. Auch in den Demokratien des Westens, in den USA

sowie in Ländern Ost- und Südeuropas sehen sich Journalisten vermehrt Anfechtungen ausgesetzt. Renommierete Blätter und TV-Stationen werden der Verbreitung von «Fake News» bezichtigt, weil sie sich kritisch mit der Regierungsarbeit auseinandersetzen. In der Türkei wurden mehrere regimiekritische Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen geschlossen; Journalisten landeten hinter Gittern oder wurden in Scheinprozessen verurteilt. Der Fall des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel sorgte im Westen für besonderes Aufsehen: Über ein Jahr lang sass Yücel in türkischer Untersuchungshaft wegen angeblicher «Terrorpropaganda». Auch in zahlreichen anderen Ländern gingen Regierungen gegen kritische Journalisten und Medien vor. In Malta wurde die Journalistin Daphne Caruana Galizia am 16. Oktober 2017 durch eine Autobombe ums Leben gebracht, nachdem sie über Verstrickungen zwischen der Familie des Regierungschefs und dem organisierten Verbrechen recherchiert hatte. Berichte über Mafia-Verbindungen kosteten auch den slowakischen Journalisten Jan Kuciak das Leben: Zusammen mit seiner Verlobten wurde er am 16. Februar 2018 ermordet. In der Folge mussten der slowakische Kulturminister und der Ministerpräsident zurücktreten.

Die Pressefreiheit ist in den meisten Staaten der Welt akut gefährdet, besonders in Afrika und Asien. In der Rangliste der

Pressefreiheit 2018 figurieren wiederum China, Syrien, Turkmenistan, Eritrea und Nordkorea am Schluss. Chinas Regime verschärfte die Überwachung der Medien nochmals markant: Zahlreiche Websites, unter ihnen Facebook, Twitter und YouTube, sind blockiert; die chinesische Twitter-Version «Weibo» wird zensiert. Mehr noch: Bis 2020 will die Regierung ein elektronisches System aufbauen, welches das Verhalten sämtlicher Bürger bis ins Detail kontrolliert und bewertet.

Medienfreiheit ist in Westeuropa und in den westlichen Demokratien zwar noch immer fest verankert. Informationen gibt es im Überfluss. Doch welche sind richtig? Welchen kann vertraut werden? Sensationsgier verdrängt oft nüchterne Analyse. Fast beängstigend erscheint bisweilen die Eintönigkeit des Medienechos. Selten wagt jemand, aus dem Chor vorgefasster Meinungen auszuscheren. Kritische Fragen zu stellen. Und zu anderen Schlussfolgerungen zu gelangen als die Mehrheit der vermeintlich Gut- und Richtiggläubigen. Fast wie in der Politik, die ihr Handeln gern als «alternativlos» darzustellen beliebt, herrscht auch in den Medien über weite Strecken Meinungsdruck.

Kündigung des Atomdeals

Geradezu reflexartig erfolgen die Reaktionen auf Verlautbarungen aus dem Weissen Haus: Als US-Präsident Trump das Atomab-

kommen mit Iran am 8. Mai 2018 aufkündigte, war das weltweite Echo vernichtend. Zwar hatte sein Vorgänger Obama den Deal nie durch den Kongress ratifizieren lassen – er wäre wegen seiner Schwächen wohl durchgefallen. Die übrige Welt mit Ausnahme Saudi-Arabiens und Israels steckte den Kopf in den Sand. Tatsächlich hatte Iran nicht auf sein Nuklearprogramm verzichtet, sondern lediglich Teile davon auf Eis gelegt. Dafür war Teheran mit einer Lockerung der Sanktionen, insbesondere einer Aufhebung des Ölexport-Embargos, belohnt worden. So oder so versperrt das Abkommen den Persern den Weg zur Bombe auf Dauer nicht: Ab 2025 darf das Mullah-Regime die Zahl der Uranzentrifugen wieder erhöhen. Und ab 2030 könnte Iran wieder Vorräte an angereichertem Uran anlegen und sein Nuklearprogramm legal fortsetzen. Zudem untersagt der Vertrag den Iranern die weitere Entwicklung ballistischer Mittelstreckenraketen nicht – was das Land auch skrupellos ausnützte. Die wieder reichlich sprudelnden Erdöleinnahmen verwendete das Regime nicht in erster Linie zur Wohlfahrt der Bevölkerung, sondern für Aufrüstung und kostspielige Auslandengagements in Syrien, Jemen, Libanon oder im Gaza-Streifen. Dokumente, welche dem israelischen Geheimdienst in die Hände fielen, zeigten auf, dass Iran vor 2003 ein durch und durch militärisches Atomprogramm betrieben hatte. Auch damals hatte Te-

heran stets beteuert, seine Pläne seien absolut friedlicher Natur. Warum sollte Iran jetzt plötzlich Vertrauen geschenkt werden können? Warum hatte Teheran die Baupläne für Atombomben archiviert? Warum waren sie nicht vernichtet worden? Die Internationale Atomenergie-Organisation IAEA, der die Überwachung der iranischen Nuklearanlagen oblag, konnte zwar seit 2015 keine Verstösse gegen das Abkommen feststellen. Doch den Inspektoren war stets nur der Zugang zu zivilen Anlagen – und dies erst nach Voranmeldung – ermöglicht worden. Für die Aufkündigung des Nukleardeals gab es durchaus Gründe. Die Trump-Administration handelte sich jedoch den Vorwurf mangelnder Vertragstreue ein, nicht zuletzt von den europäischen Verbündeten. Klare Vorstellungen, wie Iran vom Bau einer Atomwaffe und von der Einstellung seiner offensiven Politik abgehalten werden könnte, hatten allerdings auch

die Europäer nicht. Wirtschaftliche Interessen und naive Hoffnungen auf iranische Mässigung überwogen gegenüber geostrategischen Erwägungen.

Syrien und kein Ende

Die iranische Politik weckte auch in der arabischen Welt Befürchtungen. Im Bürgerkrieg in Jemen unterstützte Teheran die Huthi-Rebellen, die grosse Teile des Landes kontrollierten. Auch mit dem Engagement an der Seite des Assad-Regimes in Syrien forderte Teheran die sunnitischen Staaten Arabiens sowie Israel heraus. Dank russischer und iranischer Schützenhilfe vermochten die Assad-Truppen Aleppo sowie grosse Gebiete im Nordwesten Syriens und in der Umgebung von Damaskus zurückzuerobern. Die Lage in Syrien blieb jedoch unübersichtlich: Im Norden des Landes operierten Kurdenmilizen, die mit den USA verbündet waren. Ihnen gelang es mit Luftunterstützung der USA, Grossbritanniens und Frankreichs, die IS-Terroristen aus dem Osten Syriens zu vertreiben. Auch die IS-«Hauptstadt» Raqqa konnte den Gotteskriegern entrissen werden. Andererseits weckte die Kurdenmiliz YPN in der Türkei Befürchtungen, sie könnte im Norden und Osten Syriens einen eigenständigen Kurdenstaat ausrufen und von dort aus die Türkei bedrohen. Um solchen Ambitionen einen Riegel zu schieben, liess der türkische Präsident Recep

Tayeb Erdogan das eigene Militär nach Nordsyrien vorstossen. Im März 2018 wurde den Kurden das Gebiet um die Stadt Afrin entrissen. Andererseits etablierten sich iranische Revolutionsgarden immer ungehemmter in der Umgebung von Damaskus. Damit forderten sie Israel heraus. Am 10. Februar kam es zu einem ersten ernsthaften Zwischenfall, als die Israelis eine Drohne abschossen, welche iranische Truppen über israelischem Gebiet kreisen liessen. Beim darauf folgenden Gegenangriff wurde ein israelisches Kampfflugzeug vom Typ F-16 abgeschossen; die beiden Piloten konnten sich über israelischem Territorium mit dem Schleudersitz retten. Eine zweite Lektion erteilte Israel den Iranern, als diese Anfang Mai israelische Stellungen auf dem Golan mit Raketen angriffen. Die Israelis schlugen hart zurück und zerstörten zahlreiche Kommandoposten und Stellungen der Iraner. Sie machten deutlich, dass sie eine dauernde Präsenz iranischer Revolutionsgarden in Syrien nicht hinnehmen würden.

Syrien war 2013 der Chemiewaffen-Konvention der Uno beigetreten. Trotzdem gab es immer wieder Zwischenfälle mit chemischen Waffen. Ob der Einsatz von syrischen Regierungstruppen oder von Rebellen ausging, konnte die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) jeweils nie mit Sicherheit eruieren. So auch im April 2018 nicht, nachdem in der Stadt Du-

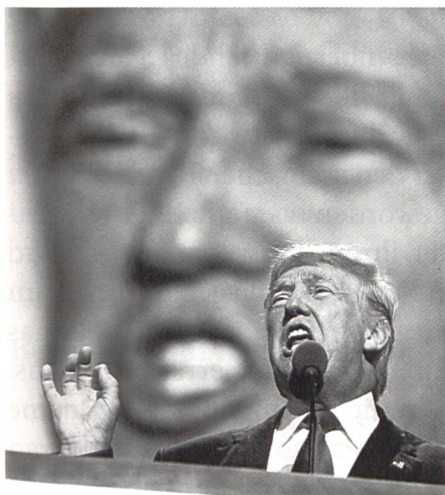


Bild: Keystone

US-Präsident Donald Trump in einer Rede vor Anhängern seiner Partei.

ma nachweislich Chlorgas eingesetzt wurde. Die USA, Deutschland, Frankreich und Grossbritannien beschuldigten das Assad-Regime, den Chlorgas-Angriff befohlen zu haben. Russland seinerseits beschuldigte Grossbritannien. Wer hatte Recht? Wo lag die Wahrheit? Ohne weitere Abklärungen abzuwarten, griffen die USA, Frankreich und Grossbritannien am 15. April Einrichtungen der syrischen Armee mit Marschflugkörpern an. Die Gefahr blieb real, dass die Auseinandersetzungen in Syrien auch zu einer direkten Konfrontation der Grossmächte führen könnten.

Neuer Wind in Saudi-Arabien

Der Krieg in Syrien und das Engagement Irans zeitigten auch überraschende Folgen: Saudi-Arabien, bisher einer der unversöhnlichsten Feinde des jüdischen Staates, deutete erstmals eine Anerkennung Israels an. Das Emirat Katar, das sich stets um eine unabhängige Position bemüht hatte, geriet hingegen in den Bannstrahl der Saudis: Sie warfen dem Emirat vor, jahrelang islamistische Gruppierungen unterstützt zu haben. Laut Experten gehörte Katar tatsächlich zu den wichtigsten Förderern radikaler Gruppierungen wie al-Kaida, IS, der syrisch-oppositionellen al-Nusra-Front, der Muslimbruderschaft sowie der palästinensischen Terrororganisation Hamas. Zudem bot das Emirat trotz internationaler Proteste zahlrei-



Bild: Keystone

Saudi-Arabiens neuer starker Mann, Kronprinz Mohammed bin Salman.

chen gesuchten Islamisten Unterschlupf. Zusammen mit Ägypten und mehreren Emirat-Staaten brach Saudi-Arabien Mitte 2017 die diplomatischen Beziehungen zu Katar ab und verkündete eine umfassende See- und Landblockade. Der Fluggesellschaft Qatar Airways wurden Lande- und Überflugrechte gekappt. In die Lücke sprangen Iran und die Türkei. Erst gegen Ende 2017 entspannte sich die Situation.

Saudi-Arabien öffnete 2017/18 nicht nur aussenpolitisch, sondern auch im Innern ein neues Kapitel seiner Geschichte. Verantwortlich dafür war Kronprinz Mohammed bin Salman. 2015 war der damals 29-jährige Sohn von König Salman zum Verteidigungsminister ernannt worden. 2017 änderte der König die Thronfolge zugunsten von Mohammed bin Salman. Der neue Kronprinz liess keinen Zweifel daran, wer von nun an der starke Mann Saudi-Arabiens war: Am 4. November liess Salman elf

Prinzen, vier amtierende Minister und Dutzende früherer Regierungsmitglieder festnehmen. Unter ihnen befanden sich Prinz Mutaib bin Abdullah, Sohn des früheren Königs Abdullah, der bis zu seiner Verhaftung die Nationalgarde befehligt hatte. Damit kontrollierte Salman den gesamten Sicherheitsapparat des Königreichs. Das Königreich hatte bisher streng an den Moralprinzipien seiner wahhabitischen Staatsgründer festgehalten. Dazu gehörte die strikte Trennung zwischen Männern und Frauen, was praktisch den Ausschluss der Frauen aus dem öffentlichen Leben bedeutete. Als Kronprinz Salman ankündigte, Frauen das Autofahren zu erlauben, sie an Sportveranstaltungen teilnehmen zu lassen und von der Pflicht zur Verschleierung zu befreien, kam dies einer Revolution gleich. Schliesslich anerkannte Salman Anfang April in einem Interview explizit das Existenzrecht Israels.

Abschied von Illusionen

Der überraschende Schritt offenbarte, wie gering der Rückhalt der Palästinenser selbst unter den arabischen Bruderstaaten geworden war. Die PLO war unter ihrem Präsidenten Mahmud Abbas praktisch gelähmt, und im Gaza-Streifen übte die Hamas eine Willkürherrschaft aus. Sämtliche Initiativen für eine Friedenslösung mit Israel waren in den vergangenen Jahren zum Erliegen gekommen. An eine Zweistaaten-Lösung glaubten

nur noch unverbesserliche Optimisten. Als US-Präsident Donald Trump ankündigte, die amerikanische Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem zu verlegen, waren die Reaktionen in der arabischen Welt verhalten. Trump vollzog, was der US-Kongress bereits in den neunziger Jahren – damals einstimmig – beschlossen hatte. Er trug der Tatsache Rechnung, dass Israel Jerusalem seit seiner Gründung als Hauptstadt betrachtete und um keinen Preis je wieder einer Teilung der heiligen Stadt zustimmen würde. Klar war damit, dass es für künftige Friedensschritte nicht nur neuer Ideen, sondern auch visionärer Führer auf allen Seiten bedurfte. Für die Palästinenser bedeutete der 70. Jahrestag der Staatsgründung Israels (am 14. Mai) indessen einen Tiefpunkt, zumal die Amerikaner just an diesem Tag ihre neue Botschaft in Jerusalem eröffneten. Am Grenzzaun zum Gaza-Streifen kam es zu blutigen Auseinandersetzungen, die auf palästinensischer Seite Dutzende von Toten forderten. Die Hamas hatte zu den Kundgebungen aufgerufen – im Wissen darum, dass Israel von seinem Recht auf Selbstverteidigung kompromisslos Gebrauch machen würde.

Bewegung im Korea-Konflikt

Auch im Korea-Konflikt schienen die Fronten unwiderruflich verhärtet zu sein. Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un drohte den USA, Südkorea und Japan



Bild: Keystone

Südkoreas Präsident Moon Jae-in und Nordkoreas Machthaber Kim Jong-un bei ihrem zweiten Treffen in Panmunjom am 26. Mai 2018.

unverhohlen mit einem atomaren Erstschlag. Ungeachtet aller Uno-Resolutionen setzte das nordkoreanische Regime den Weg Richtung Nuklearbewaffnung fort, testete Interkontinentalraketen und zündete atomare Sprengsätze. Auch die Trump-Administration verschärfte ihre Rhetorik: Sie drohte dem «kleinen Raketenmann» mit der vollständigen Zerstörung seines Landes, falls er Südkorea, Guam oder Japan angreifen sollte. Im Uno-Sicherheitsrat wurden einschneidende Sanktionen wie ein Kohleausfuhrverbot sowie eine Rationierung von Öllieferungen an Nordkorea verfügt. Die Kehrtwende kam überraschend: Mitte Februar, wenige Tage vor der Eröffnung der Olympischen Winterspiele in Südkorea, kündigte das Regime in Nordkorea an, dass sich Vertreter beider Länder in Panmunjom an der Demarkationslinie treffen würden. Man

einigte sich, bei den bevorstehenden Spielen Athleten unter einer gemeinsamen Flagge einmarschieren zu lassen und ein gemeinsames koreanisches Frauen-Eishockeyteam zu bilden. Anlässlich der Eröffnung der Olympischen Spiele am 9. Februar in Pyoengchang galt denn auch alle Aufmerksamkeit den Nordkoreanern. Auch Kims Lieblingsschwester Kim Yo-jong, die Ministerin für Propaganda und Agitation, war nach Südkorea gereist. Sie traf während ihrer Visite mehrmals mit Präsident Moon Jae-in zusammen, dem sie eine Einladung nach Nordkorea überbrachte. Das erste Treffen zwischen Kim und Moon im Grenzort Panmunjom fand am 27. April statt, ein zweites am 26. Mai. Der südkoreanische Präsident wie der nordkoreanische Diktator überboten sich mit Friedens- und Freundschaftsbeteuerungen. Beide bekannten sich zu einem «atomwaffenfreien» Korea, wobei allerdings offen blieb, was genau darunter zu verstehen war. Die Euphorie war gross – besonders, nachdem auch US-Präsident Trump ankündigte, sich mit Kim zu einem Gipfelgespräch treffen zu wollen. Ob das Treffen wirklich stattfinden würde, blieb nach einem Rückzieher des US-Präsidenten bis zuletzt völlig offen. In Anbetracht der Unberechenbarkeit und der Charaktere der beiden Protagonisten waren die Risiken enorm. Würde Donald Trump Kims Bekenntnis zu einer «Denuklearisierung» honorieren? Oder würde ein Gipfel-

treffen ergebnislos oder gar in einem Scherbenhaufen enden?

Selbstbewusstes China

Nie zuvor seit der kommunistischen Machtübernahme 1949 war die Volksrepublik China mit einem ähnlichen Machtanspruch aufgetreten. In nur einer Generation hatte sich das Land zu einer führenden Wirtschaftsnation emporgearbeitet. Am 19. Parteikongress in Peking – im Oktober 2017 – machte Staats- und Parteichef Xi Jinping kein Hehl aus seinen Ambitionen: Bis 2020 will China die USA als Wirtschaftsmacht Nummer 1 überholt haben, bis 2035 punkto Innovationen führend werden. Am 11. März stimmte der Nationale Volkskongress einer Verfassungsänderung zu, die Präsident Xi eine unbegrenzte Amtszeit ermöglicht. Im Innern kündigte die Partei eine lückenlose digitale Überwachung der Bürger an. Auch aussenpolitisch machte China seine Ansprüche geltend: gegenüber seinen asiatischen Nachbarn, im Südchinesischen Meer sowie gegenüber Taiwan. Die Folge: Länder wie Vietnam lehnen sich sicherheitspolitisch immer enger an die USA an. Im März 2018 besuchte zum ersten Mal seit dem Ende des Vietnamkriegs 1975 ein amerikanischer Flugzeugträger die vietnamesische Hafenstadt Danang – ein deutlicher Fingerzeig an die Adresse Chinas.

Zunehmend herausgefordert sieht sich Japan. Sowohl von

Nordkorea wie von China. Bei vorgezogenen Parlamentswahlen konnte die Liberal-demokratische Partei (LDP) von Premierminister Shinzo Abe ihre Zweidrittelsmehrheit behaupten. Sie würde es Abe erlauben, die Verfassung so abzuändern, dass die japanischen Streitkräfte gegebenenfalls auch an bewaffneten Auseinandersetzungen im Ausland teilnehmen könnten.

Asiatische Verwerfungen

Zu einem politischen Erdbeben kam es in Malaysia: Premierminister Najib Razak, der das Land seit 2009 zunehmend autoritär geführt hatte, verlor die Parlamentswahl vom 9. Mai 2018. Und zwar gegen seinen Vorgänger, den 92-jährigen Mahathir Mohamad. Den Ausschlag gaben steigende Lebenshaltungskosten und massive Korruptionsvorwürfe. Najib hatte den Staatsfonds 1MDB seit seiner Gründung 2009 persönlich geführt. Bis 2011 büsste der Fonds

wegen verfehlter Spekulationen über 11 Milliarden US-Dollar ein. 681 Millionen Dollar tauchten auf einem Privatkonto Najibs auf; Recherchen des Wall Street Journals ergaben, dass sie aus dem Fonds 1MDB stammten.

In Burma vertrieben die Sicherheitskräfte Hunderttausende von Rohingyas aus ihren Wohnstätten an der Grenze zu Bangladesh, liessen Dörfer in Flammen aufgehen und töteten und vergewaltigten Tausende von Menschen. In Flüchtlingslagern in Bangladesh fanden an die 800 000 Angehörige des Rohingya-Volkes Zuflucht. Unter internationalem Druck erklärte sich Burma zur Rückübernahme dieser Menschen bereit. Faktisch tat das buddhistische Land jedoch wenig, um den muslimischen Rohingyas eine Rückkehr zu ermöglichen.

Indonesien galt stets als Land mit einer überaus sehr toleranten muslimischen Bevölkerungsmehrheit. In den vergangenen



Rohingya-Flüchtlinge aus Burma in einem Lager im Nachbarland Bangladesh.

Jahren geriet das südostasiatische Land jedoch ebenfalls in den Sog islamistischer Entwicklungen. 2002 wurde Bali von einem mörderischen Bombenanschlag erschüttert, der über 200 Tote forderte. Seither ist Indonesien wiederholt Brennpunkt von Gewaltakten geworden. Sie richteten sich unter anderem gegen die christliche Minderheit des Landes: Eine Serie von Selbstmordanschlägen traf am 13. Mai 2018 mehrere Kirchen in der Grossstadt Surabaya.

Islamistische Gewaltakte

Auch zahlreiche andere Länder wurden von Gewaltakten islamistischer Extremisten erschüttert. Allen voran Afghanistan, Irak, Syrien, Ägypten, Libyen sowie afrikanische Staaten wie Somalia und Nigeria. Bei einem Anschlag auf eine Moschee in Ägypten wurden am 24. November mindestens 250 Menschen getötet; bei einem Terrorangriff auf eine koptische Kirche in Kairo kamen im Dezember 10 Menschen ums Leben. Auch Europa blieb in der Berichtsperiode von islamistischem Terror nicht verschont. Bei einem Anschlag und einer Geiselnahme in den südfranzösischen Städten Carcasonne und Trèbes fanden fünf Menschen den Tod. In Brüssel und London attackierten Islamisten Polizisten mit Messern und Pistolen. Und in Barcelona steuerte ein 22-jähriger Marokkaner einen Kleinbus auf der Einkaufsstrasse Ramblas in eine Men-

schenmenge, wobei 13 Personen den Tod fanden und mehr als 100 verletzt wurden. Fast überall bekannte sich die Terrororganisation IS zu den Anschlägen. Inwiefern die Einwanderungsschübe der vergangenen Jahre für die Gewaltakte muslimischer Extremisten mitverantwortlich waren, blieb umstritten. Jedenfalls offenbarte sich, dass zahlreiche der meist jugendlichen Immigranten Mühe mit den Werten der offenen westlichen Gesellschaften bekunden. Mehrfach wurden Juden Ziele von öffentlicher Gewalt. 2017 mussten durchschnittlich pro Tag vier Straftaten gegen Juden oder jüdische Einrichtungen in Deutschland registriert werden. Justizministerin Katharina Barley (SPD) kam nicht darum herum, einen Zusammenhang zwischen der Einwanderung von Menschen aus dem nahöstlichen und nordafrikanischen Raum und der Zunahme von Antisemitismus in Deutschland einzuräumen. Die Werte der Toleranz und des Respekts vor Andersdenkenden zu verteidigen, wird in Westeuropa zu den grossen Herausforderungen der Zukunft gehören.

Der deutsche Motor stottert

Entgegen den Erwartungen gingen CDU und CSU nicht als Siegerinnen der Bundestagswahlen vom 24. September 2017 hervor. Zwar blieben die Unionsparteien stärkste Kraft im neuen Bundestag: Sie verloren jedoch 8,9 Prozent der Wählerstimmen

und kamen noch auf 32,9 Prozent. Die CSU allein büsste in Bayern 10,5 Prozent ein und erzielte mit 38,8 Prozent der Wählerstimmen ihr schlechtestes Resultat seit 1949. Die SPD, ihre Partnerin in der Grossen Koalition, fiel um 5,2 Prozent auf bloss 20,5 Prozent zurück. Der Alternative für Deutschland (AfD) gelang hingegen mit 12,6 Prozent der erstmalige Einzug in den Bundestag. Die FDP, die 2013 an der 5-Prozent-Hürde gescheitert war, schaffte mit 10,7 Prozent die Rückkehr ins Parlament. Linke und Grüne stagnierten bei 9,2, respektive 8,9 Prozent. Die Regierungsbildung gestaltete sich schwierig: Noch am Wahlabend schloss Martin Schulz, Kanzlerkandidat und Vorsitzender der SPD, eine Neuaufgabe der Grossen Koalition kategorisch aus. Da AfD und Linke für die Union nicht als Koalitionspartner in Frage kamen, blieb anfangs nur der Versuch, mit der FDP und den Grünen eine neue Regierung zu bilden. Das Resultat der Verhandlungen entsprach jedoch in keiner Weise den Vorstellungen der FDP. Mitte November zogen sich die Liberalen zurück. Damit gab es nur noch zwei Alternativen: entweder doch eine Grosse Koalition oder Neuwahlen. Die SPD, die den vollständigen Absturz vor Augen hatte, entschied sich schliesslich für eine weitere Grosse Koalition. Ohne Martin Schulz freilich, der als Parteivorsitzender zurücktrat und Andrea Nahles Platz machte, und ohne

den früheren Parteichef und Aussenminister Siegmund Gabriel. Die SPD liess sich das Mitmachen in der Grossen Koalition reichlich honorieren: Sie erhielt neben dem Aussenministerium (Heiko Maas) auch die Finanzen (Olav Scholz) sowie die Ministerien für Arbeit und Soziales, Familie, Justiz und Umwelt zugesprochen. Kein verheissungsvoller Start für eine abermalige Koalitionsregierung unter Angela Merkel, die ihre Arbeit erst ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl aufnehmen konnte.

Das Machtvakuum in Berlin erlaubte es dem neugewählten französischen Präsidenten Emmanuel Macron, sich im ersten Amtsjahr als dynamischen Reformers und Vorkämpfers Europas darzustellen. Bei Lichte besehen blieben seine Erfolge jedoch bescheiden: Weder gelang es Macron, das Staatsdefizit markant einzudämmen noch Stellen zu schaffen und die Wirtschaft von den Fesseln einer lähmenden Arbeitsgesetzgebung zu befreien. Macrons Vorstellungen einer EU-Reform und einer engeren Währungsunion blieben weitgehend stecken. – Entgegen allen Unkenrufen vermochte sich Theresa May als Premierministerin in Grossbritannien zu behaupten. Die Austrittsverhandlungen mit der EU kamen zwar nur zäh voran. Aber die Wirtschaft des Königreichs florierte, und die düsteren Vorhersagen der Brexit-Gegner erfüllten sich in keiner Weise.

Polarisiertes Italien

Extreme Mühe mit der Regierungsbildung hatte Italien: Die Parlamentswahlen vom 4. März verliehen den europaskeptischen Bewegungen Auftrieb: Das Movimento Cinque Stelle kam auf 32,7 Prozent, die rechtspopulistische Lega Nord auf 17,4 Prozent und die Forza Italia von Silvio Berlusconi auf 14 Prozent. Der sozialdemokratische Partito Democratico unter dem früheren Regierungschef Matteo Renzi fiel hingegen auf 18,7 Prozent zurück. Es dauerte fast drei Monate, bis sich Cinque Stelle und Lega auf eine neue italienische Regierung verständigten. Doch Staatspräsident Sergio Mattarella zog die Notbremse: Er war zwar bereit, eine Regierung unter einem gänzlich unerfahrenen Kompromisskandidaten, Giuseppe Conte, zu akzeptieren, nicht jedoch einen 81jährigen Wirtschaftsminister, der sich als notorischer Eurogegner und Deutschlandhasser einen Namen gemacht hatte. Die Reaktionen auf Mattarellas Wahrnehmung seiner verfassungsmässigen Kompetenz zeigten auf, wie gespalten Italien ist: Die rechten Parteien und ihre Sympathisanten bezeichneten den Staatspräsidenten als «Verräter» und drohten gar mit einem Amtsenthebungsverfahren, die Medien sowie linke und gemässigte Parteien lobten Mattarella für seine Standfestigkeit. Schliesslich beugten sich Lega und Cinque Stelle dem Staatspräsidenten.

Doch die Aussichten auf stabile Verhältnisse in Italien waren mit dem Bündnis der beiden Populisten-Parteien beschränkt. Die Börsen reagierten verunsichert, der Euro verlor markant an Wert.

In Österreich endeten die Nationalratswahlen mit einem Sieg der konservativen ÖVP. Diesen Erfolg verdankte die Partei Sebastian Kurz, der mit 27 Jahren Aussenminister geworden war und der im Sommer 2018 mit 31 Jahren an die Spitze der Volkspartei gewählt wurde. Die «neue» ÖVP gewann 7,5 Prozent der Stimmen und wurde mit 31,5 Prozent stärkste Partei des Landes. Die SPÖ erzielte 26,9 Prozent, die FPÖ 26 Prozent. Die neue Regierung mit Sebastian Kurz als Bundeskanzler nahm im Dezember ihre Arbeit auf. Koalitionspartnerin war die europaskeptische FPÖ; ihr Vorsitzender Heinz-Christian Strache wurde Vizekanzler.

Konflikt um Katalonien

In Spanien eskalierte der Konflikt um die Region Katalonien: Diese genoss zwar im spanischen Staatsverband bereits ausgedehnte Autonomierechte. Doch diese genügten den Separatisten unter Carles Puigdemont nicht. Obschon dies im Widerspruch zur spanischen Verfassung stand, liess die katalanische Regionalregierung am 1. Oktober 2017 ein Unabhängigkeitsreferendum abhalten. Die spanische Regierung unter Mariano Rajoy liess sich den Affront nicht bieten: Sie be-

schloss die Absetzung der katalanischen Regionalregierung und die Ansetzung von Neuwahlen in Katalonien. Ausserdem erhob der spanische Generalstaatsanwalt Anklage gegen den Chef der Regionalregierung, Puigdemont und weitere Mitglieder der Regionalregierung setzten sich ins Ausland ab. Bei den Neuwahlen am 21. Dezember schwangen erneut die Separatisten obenaus. Das Verfassungsgericht urteilte jedoch, dass Carles Puigdemont das Amt des Regionalpräsidenten nur bei persönlicher Anwesenheit übernehmen könne. Wegen des Haftbefehls hielt er sich zuerst in Belgien, dann in Deutschland auf. Mitte Mai einigte sich das Regionalparlament auf Quim Torra als neuen Regionalchef. Die Krise blieb ungelöst. Weder im übrigen Spanien noch innerhalb der EU gab es indessen Unterstützung für das katalanische Unabhängigkeitsbegehren. – Sang- und klanglos löste sich im Mai 2018 die baskische Untergrundbewegung ETA auf. Der Traum der baskischen Unabhängigkeit hatte sich weder auf gewaltsamem noch auf politischem Weg realisieren lassen.

Am 1. Juni entzog das spanische Parlament Regierungschef Mariano Rajoy das Vertrauen. Gründe für den Sturz des konservativen Rajoy waren Korruptionsfälle, der schleppende Gang der Wirtschaft und nicht zuletzt die Unfähigkeit, einen politischen Ausweg aus der Katalonien-Krise zu finden.

Regierungswechsel

Afrika und Lateinamerika erlebten in der Berichtsperiode mehrere bedeutsame Regierungswechsel: In Südafrika verlor Präsident Jacob Zuma die Unterstützung der Regierungspartei ANC; er und sein Umfeld hatten während Jahren die Staatskassen geplündert und eine beispiellose Misswirtschaft betrieben. An Zumas Stelle wurde am 18. Dezember 2017 der Unternehmer Cyril Ramaphosa zum neuen Präsidenten des ANC und mit hin zum Staatspräsidenten gewählt. – Im Nachbarland Zimbabwe, das Diktator Robert Mugabe in bitterste Armut heruntergewirtschaftet hatte, übernahm im Oktober das Militär die Kontrolle. Einem Amtsenthebungsverfahren kam der 92-jährigen Mugabe mit seinem Rücktritt zuvor. Ein Neubeginn war es nur bedingt: Sein Nachfolger Emmerson Mnangagwa («das Krokodil») war ebenfalls zutiefst in die Machenschaften des Mugabe-Clans verstrickt. Beim Putsch soll auch China die Hände im Spiel gehabt haben; eine Woche vor dem Umsturz war Armeechef Chiwengo in Peking zu Gast. – Auf Kuba trat Staatspräsident Raul Castro als Präsident zurück. Ihm folgte der von der KP nominierte Miguel Diaz-Canel. Die Castro-Brüder hatten Kuba während fast 60 Jahren regiert. – In Peru trat Präsident Pedro Pablo Kuczynski wegen Korruptionsvorwürfen zurück. – Ebenfalls wegen Korruption

musste Brasiliens ehemaliger Staatspräsident Lula da Silva eine zwölfjährige Haftstrafe antreten. – Ungeachtet der misslichen Wirtschaftslage vermochten sich dagegen Venezuelas Diktator Nicolas Maduro und Nicaraguas Präsident Daniel Ortega im Amt zu behaupten.

Isoliertes Russland

In Russland liess sich Vladimir Putin am 18. März 2018 für eine vierte Amtszeit ins Präsidentenamt wählen. Allerdings hatte das Regime dafür gesorgt, dass nur aussichtslose Mitbewerber gegen ihn kandidieren konnten. Dem führenden Oppositionellen Alexei Nawalny hatte die Zentrale Wahlkommission eine Kandidatur untersagt, da dieser früher unter fadenscheinigen Gründen zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt worden war. Bei der Mehrheit der Russen fand die nationalistisch geprägte Politik Putins nach wie vor Anklang: Aktionen wie die Annektion der Krim, die Einmischung in der Ostukraine oder das Eingreifen in den Syrien-Konflikt waren durchaus populär. Das Zerwürfnis mit dem Westen nahm Putin in Kauf. Medienwirksam eröffnete der Präsident am 15. Mai eine 19 Kilometer lange neue Brücke zwischen dem russischen Festland und der Halbinsel Krim, welche Russland 2014 annektiert hatte. Auch die Fussball-WM – ein weiterer Triumph für Putin – konnte zwischen Mitte

Juni und Mitte Juli wie geplant stattfinden.

Kurzzeitig sah es jedoch schlecht aus für den Grossanlass: Im britischen Salisbury war der Russe Sergei Skripal, ein früherer Doppelagent des britischen Geheimdienstes, und dessen Tochter Yulia Skripal, am 4. März mit einem Nervengift angegriffen worden. War es ein vom Kreml angeordneter Anschlag? Gifte der Nowitschok-Gruppe waren nur in der ehemaligen Sowjetunion erzeugt worden. Der Westen reagierte scharf auf den Vorfall: Die USA schlossen ihr Konsulat in St. Petersburg; auch Grossbritannien, Frankreich, Deutschland und weitere EU-Staaten wiesen russische Diplomaten aus. Moskau wies jede Verantwortung von sich und antwortete mit analogen Gegenmassnahmen. Wie nach dem Abschuss eines malaysischen Passagierflugzeugs über der Ukraine (2014) verstand es der Kreml, Zweifel zu säen und Verantwortlichkeiten zu vernebeln. Ende Mai 2018 kam eine unabhängige internationale Untersuchungskommission zum eindeutigen Schluss, dass Russland allein für den Abschuss des Flugzeugs verantwortlich war. Die Rakete war von der in Kursk stationierten 53. russischen Flugabwehrbrigade abgefeuert worden. Doch der Kreml leugnete jegliche Beteiligung.

Blick in die Schweiz

Für die Schweiz waren 2017 und 2018 gute Jahre. Die Wirtschaft florierte, die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich auf über 5 Millionen (bei einer ständigen Wohnbevölkerung von 8,5 Millionen Menschen). Dank der Abschwächung des Frankens gegenüber Euro und Dollar erhielt die Exportwirtschaft – nach dem Frankenschock von 2015 – wieder willkommenen Rückenwind. Laut Statistiken stiegen die Löhne auch in den unteren und mittleren Bereichen. Gute Börsenerträge kamen nicht zuletzt Pensionskassen und AHV zugute. Die Schweiz blieb eine Insel des Wohlstands und der politischen Stabilität.

Schwächen offenbarten sich jedoch auf der politischen Ebene: Wichtige Reformen blieben stecken oder scheiterten in der Volksabstimmung. Das für die Schweiz zentrale Verhältnis zur EU harrte weiterhin einer Regelung auf längere Sicht. Missgunst, Kleinmut und Besitzstandsdenken verunmöglichten die Sicherung der Altersvorsorge. Und auch die für die Wirtschaft überlebenswichtige Unternehmenssteuerreform drohte in einem weiteren Anlauf zu scheitern.

Neue Regeln in Europapolitik

Zwar blieb umstritten, ob die Personenfreizügigkeit ein Fluch oder ein Segen für die Schweiz war. Insgesamt war unser Land

mit den bilateralen Abkommen jedoch gut gefahren. Damit hatte sich die Schweiz die Möglichkeit erkaufte, am europäischen Binnenmarkt teilzuhaben, ohne Mitglied der Europäischen Union zu sein. Seit Jahren machte Brüssel jedoch deutlich, dass die EU für die künftige Entwicklung des bilateralen Verhältnisses neue Regeln wünschte: eine dynamische Form der Zusammenarbeit statt starrer bilateraler Abkommen. Die Rede war von einem Rahmenabkommen, das die Übernahme neuer Binnenmarkt-Gesetze durch die Schweiz vorsehen würde. Doch zu welchem Preis? Die SVP als stärkste politische Partei hatte von Anfang an klar gemacht, dass sie jedes Abkommen bekämpfen würde, das eine automatische Rechtsübernahme und eine Ge-



Bild: Keystone

Beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Bern (im Bild mit Bundespräsidentin Doris Leuthard) am 23. November 2018 herrscht noch bestes Einvernehmen.

richtbarkeit durch den EU-Gerichtshof («fremde Richter») vorsehen würde. Dem federführenden Aussenminister Didier Burkhalter gelang es nie, eine für alle Seiten akzeptable Lösung zu erarbeiten. Unter seinem Nachfolger Ignazio Cassis kam neuer Wind in die Verhandlungen. Beim Besuch von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am 23. November in Bern herrschte ein optimistisches Klima, zumal der Bundesrat dem Gast die Zahlung weiterer 1,3 Milliarden Franken für den EU-Kohäsionsfonds in Aussicht stellte. Knapp einen Monat später, am 21. Dezember, kündigte die EU jedoch an, die Schweizer Börsen vorerst nur für ein Jahr als gleichwertig anzuerkennen. Der Bundesrat reagierte auf den Affront verärgert. Er erachte das Vorgehen der EU als Angriff auf den schweizerischen Bankenplatz, liess er verlauten. Erst im Laufe des Frühjahrs 2018 kam der Verhandlungsprozess erneut in Gang. In mehreren Klausursitzungen präzisierte der Bundesrat sein Verhandlungsmandat. Von einem «Rahmenabkommen» mit der EU war nun nicht mehr die Rede, sondern bloss noch von einer Regelung, um eine «Erosion der bestehenden bilateralen Verträge» zu vermeiden. Für die Beilegung von Streitigkeiten wolle sich die Schweiz für «schiedsrichterliche Lösungen» einsetzen, hiess es. Ob auf dieser Basis eine Einigung mit der EU zustandekommen würde, liess sich bei Redaktionsschluss Ende

Mai noch nicht absehen. Die SVP hingegen machte deutlich, dass für sie die bilateralen Abkommen alles andere als sakrosankt waren, wenn es um Fragen von Unabhängigkeit und Souveränität ging. Am 16. Januar 2018 lancierte sie ihre Volksinitiative zur Kündigung der Personenfreizügigkeit. Die Stimmberechtigten werden somit in jedem Fall darüber befinden können, wieviel ihnen die bilateralen Abkommen mit der EU wert sind.

Reformstau

Zu den grossen, ungelösten Herausforderungen gehört die Reform der Altersversicherung. An sich verfügt die Schweiz im internationalen Vergleich über ein recht stabiles System der Altersvorsorge. Es beruht auf drei Säulen: erstens auf der AHV mit ihrer Finanzierung durch Lohnbeiträge der Erwerbstätigen und der Arbeitgeber sowie staatlichen Zuschüssen; zweitens auf der individuellen Berufsvorsorge, die durch Beiträge der Arbeitnehmenden und der Arbeitgeber geöffnet wird, und drittens durch steuerbegünstigte Sparbeiträge, die auf individuellen Konten gutgeschrieben werden (Dritte Säule). Die demographische Entwicklung droht nun freilich dieses System zunehmend zu überfordern. Immer mehr Menschen treten ins Rentenalter ein, und sie werden durchschnittlich immer älter. Bei der Gründung der AHV 1948 standen 100 Aktiven 15 Rentner gegenüber. 2018 wa-

ren es bereits 30, und in weiteren 30 Jahren werden 100 Erwerbstätige aller Voraussicht nach für 45 bis 50 rentenberechtigte Personen aufzukommen haben. Diese demographischen Perspektiven sind seit längerem bekannt. Doch Bunderat und Parlament taten sich schwer, eine mehrheitsfähige Reform zu beschliessen. 2004 scheiterte das Projekt einer 11. AHV-Revision in der Volksabstimmung, das ein einheitliches Frauen- und Rentenalter bei 65 Jahren und eine Anhebung der Mehrwertsteuer vorsah. Ein weiterer Anlauf zerschlug sich 2010 bereits im Parlament. Unter dem Titel «Altersvorsorge 2020» wagte Bundesrat Alain Berset nochmals einen grossen Wurf: Mit seiner Reform hätten AHV und Berufsvorsorge gleichzeitig bis etwa 2030 stabilisiert werden sollen. Bei der AHV waren Einsparungen und Mehreinnahmen



Innenminister Alain Berset zeigt sich nach der Verwerfung der AHV-Reform als guter Verlierer.

Bild: Keystone

geplant: Das Frauenrentenalter hätte schrittweise auf 65 Jahre angehoben werden sollen. Zusätzlich war eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 0,6 Prozent vorgesehen. Bei der Zweiten Säule sah das Paket eine schrittweise Senkung des Mindestumwandlungssatzes vor. Um die Einbusen sozial abzufedern, wären Neurentnern zusätzlich 70 Franken mehr AHV-Rente ausbezahlt worden. Damit war das Fuder aber definitiv überladen. In der Volksabstimmung vom 24. September scheiterte die Reform der Altersvorsorge 2020 mit 52,7 Prozent Nein-Stimmen. Den Ausschlag gaben einerseits die Gegner der 70-Franken-Kompensation, andererseits die Gegnerinnen und Gegner des höheren Frauenrentenalters. Bezüglich der höheren Mehrwertsteuer gaben 2357 Stimmen den Ausschlag; allerdings verfehlte die Vorlage mit 13 ½ gegen 9 ½ auch das Ständemehr. Bundesrat Berset zeigte sich indessen als guter Verlierer: Er nahm umgehend die Arbeit auf, um dem Parlament neue Vorlagen für die AHV und die Berufsvorsorge vorzulegen. Die Aufgabe, mehrheitsfähige Lösungen vorzulegen, erscheint jedoch schwieriger denn je: Seitens der Linken und der Gewerkschaften war keinerlei Bereitschaft zu erkennen, mit Blick auf die künftige Finanzierung unausweichlich notwendige Verzichte zu akzeptieren.

Reformstau herrscht auch bei der Unternehmensbesteuerung – einem entscheidenden Faktor

für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft. Im Februar 2017 hatte das Schweizervolk die Unternehmenssteuerreform III wuchtig, mit 60 gegen 40 Prozent, verworfen. Das Nein war darauf zurückzuführen, dass die Gegner vor allem die möglichen Steuerausfälle ins Zentrum ihrer Argumentation rückten. Die Rede war von «Steuergeschenken» an die Wirtschaft. Allerdings befand sich der Bund unter Druck des Auslands, das hiesige Unternehmenssteuerrecht internationalen Standards anzupassen. Wie bei der AHV war es schwierig, einen Ausweg aus der Sackgasse zu finden: Keine der verschiedenen Seiten – Wirtschaft, Kantone, Parteien und Verbände – war bereit, Abstriche an den eigenen Maximalforderungen hinzunehmen. Vor diesem Hintergrund entwickelte der Ständerat die kühne Idee, Unternehmensbesteuerung und AHV-Revision miteinander zu verbinden: Der zu erwartende Steuerausfall sollte durch entsprechende Mehreinnahmen – Lohnabzüge und Mehrwertsteuer-Erhöhung – zugunsten der AHV «kompensiert» werden. Allerdings fehlte es nicht an Stimmen, die vor einer solchen verfassungsrechtlich problematischen Verquickung warnten.

Ablösung im Bundesrat

Am 14. Juni 2017 gab Bundesrat Didier Burkhalter seinen Rücktritt per Ende Oktober bekannt. Der Austritt des Neuenburger

Freisinnigen aus der Landesregierung kam überraschend. Gründe nannte Burkhalter nicht – ausser dem Wunsch, persönlich wieder mehr Freiheit zu haben. Erst zehn Monate nach dem Rücktritt bestätigte er Spekulationen, wonach er sich im Bundesrat sehr isoliert gefühlt habe. Burkhalters Bilanz als Bundesrat fiel zwiespältig aus: Auf der einen Seite war der Neuenburger eine geachtete Persönlichkeit auf dem diplomatischen Parkett; während der Ukraine-Krise 2014 hatte er als OSZE-Präsident wesentlich zur Entschärfung des Konflikts beigetragen. Innenpolitisch blieb Burkhalter jedoch eine blasse Figur. Von 2009 bis 2011 leitete er das Departement des Innern, brachte jedoch weder bei der AHV noch der Krankenversicherung Fortschritte zustande. Als Aussenminister (ab 2012) war Burkhalter für die Europapolitik zuständig, verstand es jedoch nie, Brücken zum europaskeptischen Teil der Deutschschweizer Bevölkerung zu bauen.

Dass dem Romand Burkhalter erneut ein Westschweizer oder zumindest ein Vertreter der lateinischen Schweiz nachfolgen müsse, galt von Anfang an als ausgemacht. Dies, obschon die Romandie mit drei Vertretern mehr als gut vertreten ist. Hingegen wartete das Tessin seit knapp zwei Jahrzehnten auf eine Vertretung in der Landesregierung. Mehr zu reden im Vorfeld der Bundesratswahl gab die Vertretung der Frauen, bestand doch



Bild: Keystone

Der neugewählte Bundesrat Ignazio Cassis wird am 28. September 2017 in seiner Tessiner Heimat gefeiert.

die Möglichkeit, dass nach dem Rücktritt von Doris Leuthard Ende 2019 nur noch eine Frau im Bundesrat sässe. In der Ersatzwahl vom 20. September setzte sich der favorisierte Tessiner Ignazio Cassis, Vizepräsident der freisinnigen Bundeshausfraktion, gegen den Genfer Regierungsrat Pierre Maudet und die Waadtländer Regierungsrätin Isabelle Moret durch. Wie Didier Burkhalter übernahm Cassis die Leitung des Aussendepartements und damit die Verantwortung für die Europapolitik.

Voraussichtlich Ende 2019 wird es zu einer grossen Wachablösung und Rochade im Bundesrat kommen. Verkehrsministerin Doris Leuthard (CVP) und Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann (FDP) kündigten bereits früh an, nicht mehr zu einer Wiederwahl antreten zu

wollen. Nicht ausgeschlossen ist, dass auch Ueli Maurer (SVP) und Simonetta Sommaruga (SP) ihren Rücktritt auf Ende der Legislatur erklären werden. Dies gäbe der Bundesversammlung die Möglichkeit, eine optimale Auswahl unter Berücksichtigung der Kräfteverhältnisse im neuen Parlament, der Vertretung der Landesteile sowie der Geschlechterfrage zu treffen.

Dornenvolle Geschäfte

Trotz ihrer frühzeitig angekündigten Rücktritte blieben Doris Leuthard und Johann Schneider-Ammann in ihren Departementen stark gefordert. Der Wirtschaftsminister bemühte sich insbesondere um den Abschluss von Freihandelsabkommen. Mitte 2014 war ein Vertrag mit China in Kraft getreten. An-

gepeilt wurden weitere Abkommen mit Indien sowie den Mercosur-Staaten (Brasilien, Argentinien, Uruguay und Paraguay). Die Hürden sind allerdings hoch: Schweizerischerseits wandten sich die Vertreter der Landwirtschaft gegen einen Zollabbau auf Fleisch, Soja und anderen Agrarprodukten. In seinen agrarpolitischen Zielsetzungen 2022 setzte sich der Bundesrat explizit für einen Abbau des Grenzschutzes ein, stiess damit bei der Bauernschaft aber auf vehemente Opposition. Bauernverbands-Präsident Markus Ritter ging so weit, eine Einladung von Bundesrat Schneider-Ammann zu einem offenen Tisch auszuschlagen.

Auch Doris Leuthard konnte sich auf ihren Lorbeeren nicht ausruhen. Sie hatte zwar die «Energierategie 2050» erfolgreich durch das Parlament und die Volksabstimmung (Mai 2017) geführt: Das Paket sieht den schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie, die Förderung erneuerbarer Energien, die Sicherstellung der Stromversorgung und nicht zuletzt eine Verminderung des CO₂-Ausstosses vor. Doch offen blieb, wie die erneuerbaren Energien gefördert werden sollten und wie die einheimische Stromproduktion am Leben erhalten werden könnte.

Schlechte Post von der Post: Am 6. Februar gab das Bundesamt für Verkehr bekannt, dass die Postauto AG zwischen 2007 und 2016 Gewinne verschleiert und dadurch überhöhte Subventionen bezogen hatte. Der Bund

forderte 78,3 Millionen Franken zurück. Postchefin Susanne Ruoff anerkannte das Fehlverhalten und sicherte die Rückzahlung der zu viel bezogenen Subventionen zu. Da sie von den Missständen offenbar schon lange gewusst haben musste, geriet auch sie unter Rücktrittsdruck.

Eine Schlacht gewann Verkehrs- und Energieministerin Doris Leuthard an der Medienfront. Eine Gruppe mehrheitlich junger Initianten forderte die Abschaffung der Zwangsgebühren für Radio und Fernsehen. Die No-Billag-Initiative war vor allem unter Jungen populär, welche ihre Informationen zunehmend über Handys und Tablets und weniger über die von der SRG bewirtschafteten Radio- und TV-Kanäle beziehen. Das Begehren eignete sich auch als Blitzableiter gegenüber der SRG mit ihren ausufernden Medienangeboten

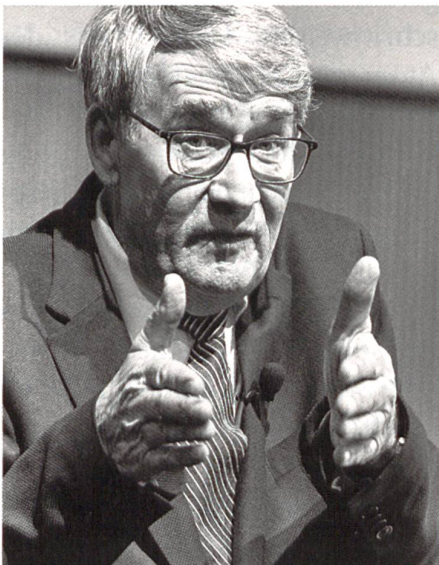


Bild: Keystone

Post-Verwaltungsratspräsident Urs Schwaller verspricht eine lückenlose Aufklärung der Unregelmässigkeiten bei der Postauto AG.

und ihren als «linkslastig» kritisierten Sendungen. Bundesrätin Leuthard sowie mediennahe Kreise warnten hingegen vor einem Zusammenbruch der SRG und einem Überhandnehmen ausländischer Medien. Am 4. März 2018 wurde die Initiative zur Abschaffung der SRG-Gebühren mit 71,6 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt. Sie zeitigte trotzdem Ergebnisse: Erstens senkte der Bundesrat die Radio- und TV-Gebühren auf 365 Franken pro Haushalt und Jahr, und zweitens versprachen die zuständigen Stellen, der SRG künftig besser auf die Finger zu sehen.

Veränderte Medienlandschaft

Bis vor wenigen Jahren verfügte die Schweiz über ein im internationalen Vergleich sehr breit gefächertes Zeitungswesen. Vielen galt die gedruckte Presse als «Bannwald der Demokratie». Inzwischen haben sich die Rahmenbedingungen verändert: Internet und Gratiszeitungen graben den abonnierten Zeitungen zusehends das Wasser ab. Viele Haushalte verzichten auf teure Zeitungsabonnemente. Ein namhafter Teil der Werbung (Autoinserate, Liegenschaften, Stellenangebote) ist ins Internet abgewandert. Die Einnahmen der Verlage aus dem Zeitungsgeschäft sind geschrumpft; Kosteneinsparungen sind Grenzen gesetzt. Die Folge sind Zusammenschlüsse und Übernahmen. Inzwischen verfügen die meisten Regionen und Städte bestenfalls noch über



Für die SRG (im Bild Generaldirektor Gilles Marchand) bedeutet die Verwerfung der No-Billag-Initiative, dass sie weiterhin über obligatorische Radio- und Fernsehgebühren verfügen kann.

eine einzige Tageszeitung. Traditionsblätter verlieren ihre Unabhängigkeit und gehören einem der Grossverlage. Jüngstes Beispiel: die «Basler Zeitung» wurde von Christoph Blocher an TAMedia verkauft; im Gegenzug erhielt Blocher das «Tagblatt der Stadt Zürich», mit welchem er sein Netz von Gratiszeitungen arrondieren kann. Ausserdem kündigte TAMedia an, künftig den Mantelteil aller ihrer Zeitungen je von einer Redaktion in der Deutschschweiz und in der Romandie produzieren zu lassen. Die NZZ-Gruppe beschloss ihrerseits, das Korrektorat ihrer Regionalmedien aus Kostengründen nach Bosnien-Herzegowina zu verlagern. Auch die «Appenzeller Zeitung» und das «St. Galler Tagblatt» werden neuerdings in Banja-Luka korrigiert.